

26. August 2016, von Michael Schöfer Licht und Schatten

Die Diskussion um die Burka oder den Niqab lenkt bloß von den wahren Problemen ab. Man mag sich an der Burka stören, dieser Aussage würde ich sogar zustimmen, die Sicherheit gefährdet sie indes nicht. Was die Sicherheit gefährdet, findet in den Köpfen der Menschen statt. Darum muss es uns gehen, weniger um ein Stück Stoff.

Türkinnen tragen allenfalls ein Kopftuch, aber keine Burka. Und die Türkeistämmigen sind bekanntlich in Deutschland die größte Migrantengruppe. Hierzulande leben 2,86 Mio. Menschen, die die türkische Staatsangehörigkeit besitzen oder früher besaßen bzw. bei denen die Türkei Herkunftsland mindestens eines Elternteils ist (Stand 2014). Die Westfälische Wilhelms-Universität Münster hat in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Emnid die Einstellung der Türkeistämmigen erforscht. Dafür wurden "gut 1.200 Zuwanderer aus der Türkei und ihre Nachkommen ab 16 Jahren zu Integration, Religiosität und Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft" befragt. [1] Die Ergebnisse sind widersprüchlich.

87 Prozent der Türkeistämmigen geben an, mit Deutschland eng oder sehr eng verbunden zu sein, aber 85 Prozent fühlen sich auch mit der Türkei eng oder sehr eng verbunden. Trotz dieser zwiespältigen Gefühle ist der Wille zur Integration bei 70 Prozent vorhanden. Im Umkehrschluss heißt das jedoch, dass immerhin 30 Prozent weniger an der Integration in die deutsche Gesellschaft interessiert sind. Bei insgesamt 2,86 Millionen keine vernachlässigbare Größe. Wahrscheinlich liegt es daran, dass sich Türkeistämmige von der Mehrheitsgesellschaft nicht anerkannt fühlen. Gut die Hälfte (51 %) fühlt sich in Deutschland als Bürger zweiter Klasse. Und sogar 54 Prozent stimmen der entmutigenden Aussage zu: "Egal, wie sehr ich mich anstrengte, ich werde nicht als Teil der deutschen Gesellschaft anerkannt." Knapp ein Viertel (24 %) bezeichnet sich als Angehöriger einer Bevölkerungsgruppe, die in Deutschland diskriminiert wird. Es wäre daher vermessen, die Integration der Türkeistämmigen als gelungen zu bezeichnen. Aber sie ist auch nicht total misslungen. Das Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei vom 30. Oktober 1961 ließ offenbar vieles außer Acht. Damals herrschte noch das Bild vom "Gastarbeiter" vor, der nach ein paar Jahren wieder in seine ursprüngliche Heimat zurückkehrt. Heute wissen wir, dass dies ein Trugschluss war. Oder wie es der Schriftsteller Max Frisch überaus treffend formulierte: "Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen."

Der Islam wird derzeit in Europa als eines der größten Probleme empfunden. Angesichts der Anschläge ist das kaum verwunderlich, denn fast alle Attentäter sind Muslime (der Rechtsextremist Anders Breivik gehört zu den Ausnahmen). In solchen Zeiten fällt es den Menschen naturgemäß schwer, zwischen der Religion (dem Islam) und den gewaltbereiten religiösen Extremisten (den Islamisten) zu differenzieren. Letztere sind zum Glück in der Minderheit. Anders ausgedrückt: Wären Islam und Terrorismus wirklich identisch, stünden wir vor viel größeren Problemen. Gleichwohl leben auch Islamisten nicht im luftleeren Raum. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, inwieweit Gewaltanwendung innerhalb ihres gesellschaftlichen Bezugsrahmens auf Zustimmung oder Widerspruch stößt. Obgleich Türkeistämmige bislang kaum als Attentäter in Erscheinung traten, ist deren Gewalt-Akzeptanz durchaus besorgniserregend. Für 47 Prozent der Türkeistämmigen ist die Befolgung der Gebote ihrer Religion wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem sie leben. Sie widersprechen damit einem konstitutiven Element der Demokratie. 32 Prozent stimmen der Aussage zu, Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammed (570/573 bis 632 n.Chr.) anstreben.

Das ist genau das, was die Salafisten propagieren. Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) brachte auf den Punkt, was diese Feststellung so brisant macht: "Die Salafisten liefern die ideologische Basis für viele, die dann gewalttätig werden. Es gilt der Satz: 'Nicht jeder Salafist ist ein Terrorist, aber fast jeder islamistische Terrorist hat einen irgendwie gearteten salafistischen Bezug.'" [2] Und je größer die ideologische Basis, desto wahrscheinlicher ist die Anwendung von Gewalt. Das muss unser Ansatz zur Bekämpfung des Terrors sein. Die Burka dagegen ist lediglich ein Symbol, an dem sich die Populisten unnütz abarbeiten. Glaubt jemand ernsthaft, die Anschläge würden aufhören, sobald Burka, Niqab oder der Burkini aus dem Blickfeld verschwunden sind?

Zurück zur Studie. Erschreckende 20 Prozent der Türkeistämmigen meinen: "Die Bedrohung des Islam durch die westliche Welt rechtfertigt, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigen." Das ist natürlich eine reichlich ungeschickt formulierte Frage, denn sie unterstellt, dass der Westen den Islam tatsächlich bedroht. Viele sehen es momentan eher umgekehrt, aber darüber kann man - je nach Perspektive - trefflich streiten. In den Augen eines Muslims sieht das Ganze womöglich völlig anders aus. Bekanntermaßen prägt das Sein das Bewusstsein. Jedenfalls könnten, ähnlich ungeschickt formuliert, auch 20 Prozent der Christen Gewalt zur Verteidigung des Christentums gutheißen. Viel kritischer zu bewerten: Sieben Prozent der Türkeistämmigen halten es für gerechtfertigt, zur Verbreitung und Durchsetzung des Islam Gewalt anzuwenden. Zweifelsohne Ausdruck einer totalitären Gesinnung und extrem gefährlich.

Offenbar ist vielen nicht klar, was eine Demokratie ausmacht. Einerseits sagen nämlich 61 Prozent, der Islam passe durchaus in die westliche Welt, andererseits wollen 73 Prozent Bücher und Filme, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen, verbieten lassen. Demokratie und Meinungsfreiheit ist für sie nicht dasselbe, dabei ist das eine ohne das andere im Grunde undenkbar. Da ist anscheinend noch viel Aufklärungsarbeit notwendig. Kurioserweise assoziieren 57 Prozent mit dem Islam die Achtung der Menschenrechte, was angesichts der politischen Zustände in den Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit verwundert. Die Eigenwahrnehmung weicht eklatant von den objektiven Tatsachen ab.

Was könnte man als Fazit der Studie bezeichnen? Licht und Schatten. Erstens: Das Gros der Türkeistämmigen will sich integrieren, fühlt sich aber von der deutschen Gesellschaft nicht akzeptiert. Grund genug, dass beide Gruppen mehr aufeinander zugehen. Die teilweise existierenden Parallelgesellschaften sind dem gewiss nicht förderlich. Zweitens: Das Demokratieverständnis der Türkeistämmigen weckt Zweifel, und die hohe Gewaltbereitschaft schürt Ängste. Gerade hier wäre es geboten gewesen, präziser nachzufragen. Aber dennoch gibt die Studie einen kleinen Einblick in die Befindlichkeit der Migranten. Ein Hoffnungsschimmer: Die zweite und dritte Generation ist wesentlich gebildeter als die erste Generation, die Deutschkenntnisse der Jüngeren sind besser und ihre Kontakte zu Deutschen intensiver. Der religiöse Fundamentalismus ist bei den Älteren doppelt so hoch wie bei den Jüngeren. Daraus gelangt man unweigerlich zu der Schlussfolgerung, was gegen radikale Ansichten am wirkungsvollsten ist: Bildung, Sprachkenntnisse, Arbeit, Gleichberechtigung. Das ganz normale soziale Programm. Tja, wer hätte das gedacht, es bewahrt sich eben immer wieder: Die beste Prävention ist eine gute Sozialpolitik. Wer hingegen die Muslime, die ja keineswegs schlagartig verschwinden, auszugrenzen gedenkt, wird eher das Gegenteil bewirken. Diskriminierung und mangelnde Chancengleichheit heizen vielmehr den Radikalismus an, anstatt ihn zu beseitigen.

[1] Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Exzellenzcluster Religion & Politik, Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland, PDF-Datei mit 1,5 MB

[2] Die Welt-Online vom 05.05.2012

© Michael Schöfer, Kleinfeldstr. 27, 68165 Mannheim
URL des Artikels: www.michael-schoefer.de/artikel2/ms1597.html